

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 20745 im Vereinsregister Chemnitz, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 1/2015

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Am Lindenberg 21, 07646 Rausdorf, Tel. 01522-1960531, e-mail: gesteinsabbau@grueneliga.de **Rausdorf, 04.06.2015**

Spendenkonto **DE60 8705 4000 3850 5163 25, BIC: WELADED1STB** (Erzgebirgssparkasse)

Bei Wunsch nach Spendenquittung: vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk, bis 200 € zählt der Einzahlungsbeleg als Spendenquittung

Liebe Freunde und Mitglieder



Wer über Ressourcenverbrauch spricht, muss auch über Ressourceneffizienz reden. Zu diesem Thema fand ich zwei interessante Artikel. (Nr. 6 und 7). Eine mögliche Antwort auf die Frage, wie man Fäkalien zur Verhinderung von Steinbrüchen – in diesem Falle Phosphorgruben – nutzen

kann, wird in Südafrika bereits praktisch erprobt: Wasser lassen für eine bessere Ernte. Warum sollte das nicht auch in Deutschland funktionieren? Das fragte sich das Umweltministerium und arbeitet an einer Recyclingverordnung für Phosphor aus Klärschlamm. Wie ich finde, ein innovativer Ansatz, der gar nicht so neu ist: schon unsere Vorfäter wussten, was dem Komposthaufen im Garten hilft.

Dicke Bretter bohren bedeutet es, wenn wir seit nunmehr 22 Jahren immer wieder auf eine Änderung des Bundesberggesetzes dringen. Mit einem sehr gut recherchierten Artikel zu diesem Thema unterstützte uns in diesem Anliegen Daniel Hiss vom Deutschen Naturschutzring und erwähnt dabei, dass uns das Grundgesetz in Artikel 20a ein starkes Argument liefert: Es verpflichtet die Bundesrepublik, auch für die nachfolgenden Generationen noch Rohstoffe übrig zu lassen. Mit dem aktuell im Berggesetz festgeschriebenen Vorrang für den Abbau kann das nicht gelingen. Zeit also, darüber nachzudenken, wie wir unseren Kindern und Enkeln dieses Recht einklagen können. Bohren wir weiter – geduldig und beharrlich – und überlassen das Feld nicht denen, die Gewinne aus gratis in der Erde gefundenen Schätzen privatisieren, dagegen aber die Kosten allzuoft auf die Steuerzahlen abwälzen.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Urlaub
Ihr Ulrich Wieland

Inhalt:

1. Vorstandswahlen S.2
2. Zerstörung des Walkenrieder Gipskarst verhindern S.2
3. No Fracking in Oberschwaben S.2
4. Fracking-Gesetz vorerst gescheitert S.3
5. Photovoltaik & Bergbau: Sonne trifft auf Bergeschrey S.4
6. Ressourceneffizienz: Bewahren wir uns vor der Selbstzerstörung S.6
7. Phosphor-Recycling: Wasser lassen für die gute Ernte S.7
8. Gold: Widerstandsheldin von Cajamarca freigesprochen S.8
9. Bundesberggesetz: Zeit, alte Zöpfe abzuschneiden S.10
10. Kohle-Tagebaue zu verschenken? S.11
11. Vattenfall stimmt deutsche Mitarbeiter auf Kohle-Aus ein

Termine :

Montag, den 13. Juli 2015, Einladung zur Mitgliederversammlung des Netzwerkes in Burgstädt 19.00 Uhr mit

Entlastung des Vorstandes

Neuwahl des Vorstandes

Ort: Gaststätte Pári Csárda, Burkerdorfer Straße 41, 09217 Burgstädt

1. Vorstandswahlen

Liebe Mitglieder des Netzwerkes der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.!

Wie alle zwei Jahre ist auch in diesem Jahr wieder eine neue Vorstandswahl fällig. Wir wollen sie in der Mitgliederversammlung am kommenden Montag, den 13.7.2015 um 19.00 Uhr in Burgstädt, diesmal im Restaurant Csarda, Burkersdorfer Str. 41 durchführen. Wer bereit ist, dafür zu kandidieren, kann sich sehr gern vorher bei mir melden.

2. Zerstörung des Walkenrieder Gipskarst verhindern

BUND Westharz tagte in Walkenried



Walkenried. Jüngst tagte der auch für den Landkreis Osterode am Harz zuständige BUND-Regionalverband Westharz in Walkenried. Er führte eine Begehung der Gipsabbau-Gebiete Röseberg-Mitte und Röseberg-Ost durch und diskutierte im Anschluss daran mit Anwohnern und einem Vertreter des Gipswerks Saint Gobain Formula den heutigen und künftigen Umfang des Gipsabbaus und der Rekultivierungsmaßnahmen zwischen Ellrich und Tettenborn.

Die Beteiligten stellten fest, dass der laufende Abbau im Steinbruch Röseberg-Mitte nicht nur die unmittelbaren Anwohner belastet, sondern auch viele weitere Walkenrieder durch den dabei entstehenden Lärm. Außerdem wird das Ortsbild durch das Abbaufeld erheblich beeinträchtigt. Der Abbau soll allerdings im Jahr 2016 enden. Danach wird die Fläche mit Abraum aus dem neuen Abbaufeld Röseberg-Ost verfüllt. Was dabei vorgesehen ist, wurde durch den Vertreter des Gipswerks erläutert, der auch anbot, den BUND bei anstehenden Fragen zur Rekultivierung zu beteiligen.

Das neue Abbaufeld Röseberg-Ost wird, wenn nicht angepasst wird, das Ortsbild in unmittelbarer Nähe des Klosters Walkenried optisch und akustisch erheblich beeinträchtigen. Der Abbau wird sich hier über rund 20 Jahre erstrecken. Da er genehmigt ist, geht es hier um die Begrenzung des eintretenden Schadens. Mögliche Maßnahmen hierzu wurden an Ort und Stelle erörtert.

Der langfristig gesehen wohl kritischste Punkt des Gipsabbaus in Walkenried ist die Tatsache, dass der Abbau in allen Steinbrüchen rund um Walkenried bald an die Grenzen der Naturschutzgebiete stoßen wird. Neben dem Röseberg ist hier auch noch der Steinbruch oberhalb der Juliushütte, der Steinbruch Kahler Kopf und der Steinbruch im Mehholz zu nennen. Dies bedeutet im Klartext: Wenn diese Grenzen beibehalten werden, kann bei Walkenried kein weiterer Gips mehr abgebaut werden.

Beim BUND läuten daher die Alarmglocken. Man werde sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, die heutigen Grenzen der Naturschutzgebiete beizubehalten und nicht, wie bei Röseberg-Ost geschehen, diese aufzuheben oder zu verschieben. Es gelte, so der Vorsitzende des BUND Westharz, Knut Haverkamp, wachsam zu sein und zu bleiben, um weiteres Unheil für die Südharzer Gipskarstlandschaft zu vermeiden.

Mit den anwesenden Vertretern der vom Gipsabbau ebenfalls betroffenen BUND-Kreisgruppe Nordhausen wurden eine enge Kooperation und ein ständiger Informationsaustausch in dieser Frage vereinbart. Im Rahmen dieser länderübergreifenden Zusammenarbeit der BUND-Gruppen bestand Konsens darüber, dass die Bemühungen zur Entwicklung eines Biosphärenreservats in der schutzwürdigen und sensiblen Südharzlandschaft wieder aufgenommen werden sollen.

BUND-Regionalverband Westharz
Geschäftsstelle Petersilienstr. 23
38640 Goslar
Telefon: 05321-4696075
Telefax: 05321-20577
E-Mail: bund.goslar@bund.net
Internet: goslar.bund.net

3. No Fracking in Oberschwaben

Briten geben Konzession für Felder Konstanz und Biberach zurück

Quelle: www.schwaebische.de/region_artikel
Vom 03.11.2014 aktualisiert 23:49 Uhr Von Herbert Beck und Sabine Lennartz

Stuttgart/sz In der Bodenseeregion und Biberach wird es kein Fracking geben. Die britische Firma PEG, die seit Jahren eine Konzession für Voruntersuchungen im Bodenseeraum und der Region Biberach besaß, hat diese jetzt zurück-gegeben. Das teilte das Stuttgarter Umweltministerium dem Konstanzer GRÜNEN-Abgeordneten Siegfried Lehmann auf seine Anfrage hin mit. Lehmann wertet den Rückzug auch als Erfolg für die ablehnende Haltung der Landespolitik und der Bevölkerung. Der Biberacher SPD-Abgeordnete Martin Gerster atmet auf: Ichfreue mich über die Nachricht. Ich bin froh, dass Fracking in Oberschwaben vom Tisch ist.

Beim Fracking wird unter hohem Druck ein Gemisch aus Sand, Wasser und Chemikalien in den Boden gepresst. So soll in tiefen Gesteinsschichten gebundenes Gas freigesetzt werden. In den

USA boomt die Methode, in Deutschland formiert sich seit Jahren massiver Widerstand. Sowohl der Landtag als auch mehrere Kreistage lehnten die Methode einhellig ab. Auch der Planungsausschuss des Regionalverbands Donau-Iller hatte sich gegen Fracking ausgesprochen. Ohne forschungs-feindlich zu sein, sei Fracking aufgrund der dichten Besiedelung und der bestehenden Schutzgebiete konsequent abzulehnen, hatte Verbandsvorsitzender Heinz Seifert gewarnt.



Fracking ist höchst umstritten auch in Pfullendorf – wo Demonstranten zum Jahresende dagegen protestierten. (Foto: Felix Kästle/dpa)

Der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) reagierte erleichtert auf den Rückzug der Briten. Es bestand zwar keine reale Gefahr, dass am Bodensee gefrackt werden könnte. Aber mit der Rückgabe der Konzession zieht das Unternehmen von sich aus einen Schlussstrich. Das ist eine gute Nachricht für Baden-Württemberg", erklärte er der „Schwäbischen Zeitung“. Mehrfach war sein Haus dafür kritisiert worden, dass die Konzession noch immer bestand. Verantwortlich dafür war das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau in Freiburg. Das Bergrecht ist ein Bundes-Recht, das zur Zeit zwischen Umweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel neu verhandelt wird. Ein umfassendes Fracking-Verbot wird wohl nicht beschlossen. Pilotprojekte zur Erprobung der Technologie und Fracking-Vorhaben unterhalb von 3000 Metern sollen möglich bleiben. Der Bundestag wird sich in Kürze mit dem Gesetz befassen.

4. Fracking-Gesetz vorerst gescheitert

Nach einer Information von Gerald Neubauer, Campaigner, Campact Deutschland, 4.7.2015

Mit Petitionen an die entscheidenden Abgeordneten haben Campact-Aktive das Pro-Fracking-Gesetz der Regierung vorerst aufgehoben. Jetzt müssen wir gemeinsam ein Verbot von Fracking durchsetzen.

Wäre es nach der Bundesregierung gegangen, dann hätte Deutschland seit dem 3.7.15 ein Fracking-Gesetz. Gaskonzerne wie ExxonMobile könnten loslegen zu bohren und unser Grundwasser gefährden. Doch es kam anders: Die Abstimmung im Bundestag über das Gesetz wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Die entscheidenden Abgeordneten von CDU/CSU und SPD konnten sich nicht einigen.

Warum sie uneinig waren? Weil es Campact-Aktive wie Walter Mertens aus dem Münsterland gibt. Dort steht ExxonMobile bereits in den Startlöchern, um mit dem Fracking loszulegen. Mertens startete auf WeAct, der neuen Petitionsplattform von Campact, eine Petition an „seinen“ Wahlkreis-Abgeordneten in Berlin, Ulrich Hampel (SPD). Hampel hat etwas zu sagen beim Thema Fracking: Er sitzt im federführenden Umweltausschuss. Hunderte Campact-Aktive aus dem Wahlkreis Coesfeld-Steinfeld unterzeichneten die Petition. Mit Erfolg: Bei der Übergabe der Petition von Walter Mertens versprach Hampel den Unterzeichner/innen, sich im Ausschuss für ein Fracking-Verbot einzusetzen.

Doch nicht nur Ulrich Hampel bekam in den letzten zwei Wochen Besuch von Campact-Aktiven. In 18 Wahlkreisen übergaben Bürger/innen von ihnen selbst gestartete Petitionen an Abgeordnete aus dem Umweltausschuss – darunter auch den Verhandlungsführern von CDU/CSU und SPD. Es hat sich gelohnt: Das Fracking-Ermöglichungsgesetz der Regierung scheiterte vorerst daran, dass die Verhandlungsführer keine Einigung erzielten. Das ist gelebte Demokratie.

Jetzt haben wir wertvolle Zeit erhalten, um ein Verbot von Fracking durchzusetzen. Doch noch ist nichts gewonnen: Nach der Sommerpause nehmen CDU/CSU und SPD die Verhandlungen zum Fracking-Gesetz wieder auf. Dann müssen wir wieder aktiv werden – zum Beispiel mit Aktionen in den Wahlkreisen der wichtigsten Abgeordneten oder indem wir mit unserem neu gebauten Fracking-Bohrturm protestieren.

Mit dauerhaftem Protest und wirkungsvollen Aktionen am Thema dranbleiben und am Ende progressive Politik durchsetzen – das schaffen wir nur Dank der Campact-Förderer/innen. Unterstützen bitte auch Sie uns mit einem regelmäßigen Beitrag, damit wir weiterhin Exxon und Co. kraftvoll die Stirn bieten können.

Mit unserem Widerstand gegen Fracking sind wir Teil einer globalen Protestbewegung – die dieser Tage auch andernorts wichtige Erfolge erzielt. In Nordengland scheiterte die britische Regierung mit einem ersten Fracking-Pilotprojekt. Nach starken Protesten stimmte die Grafschaft Lancashire überraschend gegen die gefährlichen Bohrungen. Und der US-Bundesstaat New York hat Anfang dieser Woche offiziell ein Fracking-Verbot be-

schlossen – nachdem eine aufwändige Studie die Befürchtungen von Fracking-Gegnern vor Umweltschäden bestätigte.

Wenn nun auch Deutschland ein Verbot von Fracking beschließt, wird es für die Fracking-Industrie immer enger. Helfen Sie uns für ein Verbot der Risikotechnologie in Deutschland zu sorgen.

Der umstrittenste Punkt in den Verhandlungen zu dem Fracking-Gesetz ist übrigens eine undemokratische Expertenkommission, die anstelle des Bundestages über kommerzielles Schiefergas-Fracking entscheiden soll. Die Fraktionsspitze der Union will die Kommission unbedingt durchdrücken – gegen den Willen vieler Abgeordneter aus SPD und CDU/CSU. Deshalb müssen wir unseren Protest nach der Sommerpause unbedingt aufrechterhalten.

5. Photovoltaik & Bergbau: Sonne trifft auf Bergeschrey

Lateinamerika Nachrichten [1], Ausgabe 493/494, Juli/August 2015

Die Photovoltaik in Chile unterbietet herkömmliche Energiepreise - zum Wohlgefallen der Bergbaukonzerne

uch in Lateinamerika beginnt die Photovoltaik zu boomen, am meisten in Chile. Dort sollen Berechnungen zufolge dieses Jahr 800 Megawatt neu installiert werden. Dies wäre hundertmal mehr als dort noch im Jahre 2013 insgesamt installiert war. Es ist vor allem die Bergbauindustrie, die zunehmend auf die mittlerweile kostengünstigere Photovoltaik setzt. Eine Änderung des Wirtschaftsmodells steht damit aber noch nicht auf der Agenda

VON EVELYN LINDE UND CHRISTIAN RUSSAU

Es gibt in Chiles Bergbaugebieten ein neues Bergeschrey. Das Bergeschrey der Bergbaukonzerne ruft nach Photovoltaik. Im März dieses Jahres überraschte das US-amerikanische Medienportal für grünes Investment, Greentech Media, mit den neuesten Zahlen zu Verkaufspreisen bei Photovoltaik-Modulen. Die billigsten Solarmodule aus chinesischer Produktion sind nicht in China, sondern in Chile erhältlich: Dort lag der unterste Verkaufspreis der Module bereits Ende 2014 bei umgerechnet 56 US-Cent je Watt, während der Preis in China selbst für die gleichen Module bei 57 US-Cent lag. In Europa gingen zeitgleich chinesische Module für umgerechnet 65 US-Cent über den Großhandelstisch. Warum die chinesischen Module in Chile am billigsten angeboten wurden? Zum einem werden beim Import von Modulen keine Zölle erhoben. Des Weiteren ist

es durch die Währungsaufwertung des chilenischen Peso und zu kostensparender Verschiebung zwischen Kauf- und Bezahldatum gekommen, was an die Kund*innen weitergegeben wurde. Es wird "alles durch Großprojekte großer Energieversorger dominiert", so fasste Greentech Media die drei Argumente zusammen, warum die Module in Chile so billig verkauft werden.

Einer der größten Fische in Chiles boomendem Solarbusiness ist der US-amerikanische Projektierer von Solargroßanlagen Sun Edison. Dessen Tochterunternehmen in Chile verkündete 2014 erst den Bau von einer Photovoltaikanlage mit 70 MW, dann die nächste mit 100 MW, dann eine mit 350 MW und munter so weiter. SunEdisons Chile-Chef heißt bezeichnenderweise: Alfredo Solar. Und im Dezember vergangenen Jahres hatte Alfredo Solar überaus Grund zur Freude. "Selbst ohne Anreize und Subventionen, sind die Erneuerbaren [hier in Chile] zehn bis fünfzehn Prozent günstiger als fossile Energieträger!". Chile - das neue El Dorado der solaren Energiewende! Und zeitgleich tauchten die ersten Pressemitteilungen aus dem Bergbausektor auf, in denen von der Photovoltaik als game changer die Rede war - weltweit, aber derzeit vor allem in Chile, genauer in Chiles Norden.

Denn dort in der trockenen Atacama-Wüste herrschen die weltweit besten Bedingungen bei Sonneneinstrahlung vor. Sogar die Solarstromgestehungskosten (s. Kasten) liegen mittlerweile unter den Preisen anderer Energieträger. Es geht um die sogenannte Netzparität, also den Zeitpunkt, ab dem es billiger ist, Solarstrom selbst zu produzieren als Strom vom Energieversorger zu kaufen.

NETZPARITÄT UND SOLARSTROMGESTEHUNGSKOSTEN

Im Bereich der erneuerbaren Energien bezeichnet der Begriff Netzparität (grid parity) den Zeitpunkt, ab dem die Kosten für Strom aus erneuerbaren Energiequellen genauso hoch sind wie der Einkauf von herkömmlichem Strom vom Netzversorger. Dies ist der Fall, sobald die Solarstromgestehungskosten - also alle Kosten von Planung, Kauf, Aufbau, Kredit, Wartung, Rückbau und Entsorgung umgerechnet auf die erwartete Lebensdauer und Strom-Output geteilt auf die Kilowattstunde - gleich den oder unter den Preisen anderer Energieträger liegen.

"Der Norden von Chile hat die Netzparität erreicht!", jubelte auch die spanische Energieconsulting Creara, die gemeinsam mit der Industrie eine neue Studie zu Photovoltaik und Bergbau in Chile erstellt hatte. Insbesondere den Großprojekten mit ihren großflächigen Freifeldanlagen im Norden des Lands wird eine hohe Wettbewerbsfähigkeit zugesprochen. Gebrauch davon machen vor allem die Bergbaukonzerne. Kein Monat ver-

geht ohne eine neue Meldung über den Bau einer weiteren Photovoltaikanlage, die ihren Strom an eine weitere Mine verkaufen wird. Die Anlagen speisen zunächst den Strom in das Stromnetz ein, das dann die Minen versorgt.

Für die kleinen Privatverbraucher in Chile kann man hingegen noch lange nicht vom Erreichen der Netzparität sprechen. Im Gegenteil. Die Probleme derjenigen, die sich Photovoltaikanlagen auf ihre Dächer bauen wollen, sind um einiges größer. Erst seit Oktober vergangenen Jahres dürfen Privatleute, die ihre eigene Solaranlage haben, überschüssigen Strom ins Netz einspeisen - und ihr Stromzähler läuft dann rückwärts. Dieses Net-Metering genannte Verfahren wird vor allem in den USA angewandt, in Australien oder auch seit verganginem Jahr in Brasilien. In Brasilien ist der Erfolg bislang dürftig. Denn die bürokratischen Hürden sind ebenso hoch wie die von den großen Energieversorgern zwischen die Beine der Solarenthusiasten geworfenen Knüppel knorrig sind. In Chile ist das derzeit auch noch so.

So sind es die Großen, die in Chile von der Photovoltaik profitieren, nämlich die Bergbaukonzerne. Bergbau verbraucht Energie, viel Energie. Es ist vor allem das Zerkleinern des Erzes, das so energieintensiv ist. Neuesten Berechnungen der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer zufolge werden in Chiles Bergbau im Jahre 2020 rund 56 Prozent des Stromverbrauchs im Bergbau für die Verarbeitung des Erzes in den sogenannten Konzentratoren verbraucht werden, sowie in geringerer Maße mit vierzehn Prozent für die Wasserzufuhr und -bearbeitung. Der Minenbetrieb an sich schlägt demnach mit rund sieben Prozent zu Buche. Weltweit gehen zwischen acht und zwölf Prozent des gesamten Primärenergieverbrauchs auf den Bergbau zurück. Das spanische Forschungsinstitut CIRCE prognostizierte unlängst einen Anstieg auf 15 bis 20 Prozent bis zum Jahre 2035. In Chile verbraucht die Bergbauindustrie laut Zahlen des staatlichen Kupferriesen Codelco ein Drittel des im Land produzierten Stroms. Im Norden Chiles aber steigt dieser Wert rapide an. In der Antofagasta-Region verbraucht der Bergbau 85,5 Prozent des Stroms. In einigen Regionen explodiert dieser Wert auf satte 94 Prozent.

Chile besitzt schätzungsweise ein Drittel der weltweiten Kupferreserven und ist mit einem Drittel der Weltproduktion auch der weltweit größte Kupferproduzent. Diese Gier nach Kupfer verlangt nach Energie. Bereits in den letzten zehn Jahren stieg der Strombedarf des dortigen Kupferbergbaus um mehr als die Hälfte, Tendenz bei einer jährlichen Wachstumsrate von sechs Prozent weiter steigend. Dort in der Region der Atacama und um Antofagasta herum werden gegenwärtig über 70 Prozent der Investitionen in den Ausbau von Chiles Kupferbergbau getätigt - und dort boomt die Photovoltaik.

Dies liegt auch an den vergleichsweise teuren Netzanschlusskosten und den teureren Strompreisen im Norden Chiles. Der Codelco-Vorstandsvorsitzende sprach bereits 2012 von einer Verdreifachung der Stromkosten binnen eines Jahrzehnts, die seiner Firma mehr und mehr zu schaffen machen. Dabei liegt der Anteil der Stromkosten am Gesamtumsatz in Codelcos Kupferbergbau mit zwölf Prozent noch deutlich unter dem Branchendurchschnitt in Chiles Bergbau bei 20 Prozent. So suchen die Konzerne nach Alternativen - und finden sie in der Photovoltaik. Berechnungen zufolge werden dieses Jahr 800 Megawatt Photovoltaik in Chile neu installiert werden. Dies wäre hundertmal mehr als die im Jahre 2013 insgesamt installierte Menge von acht Megawatt Photovoltaik im Lande. Die Solarfachzeitschrift Photon errechnete für Chile eine Pipeline bei Photovoltaik-Projekten von insgesamt knapp dreizehn Gigawatt. Dies entspräche umgerechnet der Kapazität von dreizehn Atomkraftwerken. Gelingt der solaren Energiewende hier der Durchbruch zu einer umweltfreundlicheren Gesellschaft?

Nicht unbedingt, denn die Wermutstropfen sind allzu offensichtlich. Es sind keine dezentralen Kleinanlagen, sei es auf den Dächern der Häuser, wo sie passiv, ohne Landnutzungskonflikte, ihren umweltfreundlicheren Strom produzieren. Es sind vielmehr nahezu ausschließlich Großanlagen, die das Modell der zentralen Stromproduktion in den Händen einiger weniger vorschreiben. Nur weil die Photovoltaik als die sauberere Alternative zur herkömmlichen Stromproduktion gilt, verheißt die Verwendung der Technologie an sich noch nicht den Übergang zu einer dezentraleren und somit demokratischeren Stromproduktion. Und sie alimentiert den umweltzerstörendsten aller Wirtschaftsbereiche, den Bergbau. Dessen Hunger nach Rohstoffen, Energie, Land und Wasser geht ungebremst weiter. Nur erscheint die Produktion in Zukunft nach außen ein wenig grüner.

"Wir werden in der Nutzung sauberer Energiequellen einer der führenden Bergbaukonzerne werden", rühmt sich der Manager der Kupfermine Los Pelambres, Robert Mayne-Nichols, gegenüber dem pv magazine. Neben anderen erneuerbaren Energien nutzt Los Pelambres seit 2015 auch Photovoltaik. Die Kupfermine Los Pelambres in der Coquimbo Region, die der in Chile größten privaten Bergbaugruppe Antofagasta Minerals S.A. gehört und zu den neun größten Kupferproduzenten weltweit, hat mit SunEdison einen Vertrag für die Stromversorgung durch eine 69,5 Megawatt-Anlage geschlossen. Die Bevölkerung der Gemeinde Caimanes hat von der so publicitywirksamen umweltbewussten Energieversorgung der Mine jedoch nichts. Sie kämpft seit 14 Jahren gegen die Wasserverschmutzung, die Los Pelambres verursacht. Im Jahr 2014 und jüngst im März dieses Jahres haben die Anwält*innen der Gemeinde Caimanes in den zwei Klagen recht

bekommen. Los Pelambres legte in beiden Fällen Widerspruch ein.

Der Rechtsstreit dreht sich um das Deponiebecken El Mauro, in dem die hochgiftigen Schlammabfälle gelagert werden. Zum einen fordert die Gemeinde sauberes Wasser und zum anderen den Umbau des neu geplanten El Mauro, sodass das Flussbett vom Pupío frei bis zur Gemeinde fließen kann. Ohne den Zugang zu sauberem Wasser werden die Lebensgrundlagen der Bewohner*innen von Caimanes zerstört. ... Das, was in diesem Sektor derzeit in Chile passiert, zeichnet sich dem Branchenmagazin Energy and Mines zufolge auch in Afrikas Minensektor ab. Und Lobbyist*innen aus dem erneuerbaren Energiesektor bescheinigen dem Minensektor für die nächsten fünf Jahre weltweit einen Boom von satten 350 Milliarden US-Dollar Investitionen in die Stromversorgung allein durch die "Erneuerbaren". Die Photovoltaik wird bei diesen Marktpreisen davon einen deutlichen Anteil haben. Eine Änderung des Wirtschaftsmodells steht damit aber nicht auf der Agenda. Der game changer ist die Photovoltaik so nicht.

[1] <http://www.lateinamerika-nachrichten.de/http://tinyurl.com/pyz8ua5>

6. Ressourceneffizienz: "Bewahren wir uns vor der Selbstzerstörung!"

Quelle: movum - Briefe zur Transformation
<http://www.movum.info/themen/klimaschutz/119>
Heft 2 - November 2014

Nur eine Minderheit ist freiwillig zur maßvollen Nutzung von Energie und Rohstoffen bereit, deshalb brauchen wir für alle gültige Gesetze, die ein maßvolles Leben fördern und das Gegenteil verhindern, sagt Manfred Linz [1], wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie. Dazu müssten Abgaben erhöht und Vergünstigungen gestrichen werden.

Am Ende würden sich die allermeisten auf das einstellen, was sie als unausweichlich erkennen - aber nur, wenn es überzeugend begründet ist und wenn es alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit trifft

INTERVIEW: DANIEL SEEMANN

movum: Herr Linz, warum ist der heutige Klimaschutz Ihrer Meinung nach nicht ausreichend?

Manfred Linz: Die Erderwärmung wird weder unter zwei Grad [2] zu halten noch die Welternährung zu sichern sein, wenn wir nicht bis 2050 den Verbrauch fossiler Energien um mindestens 90 Prozent gekürzt

haben. Das ist mit Energieeffizienz allein nicht zu schaffen, auch wegen des "Rebound-Effekts" [3]. Er bedeutet: Was an einer Stelle an Energie eingespart wird, wird nur zu oft an anderer Stelle wieder verbraucht. Auch eine naturverträgliche Produktionsweise ist vielversprechend, aber noch zu wenig fortgeschritten und kann in den entscheidenden Jahrzehnten vor uns nur einen begrenzten Beitrag leisten. Es gibt Pilot- und Leuchtturmprojekte, aber außer bei Sonnen- und Windenergie noch kaum großtechnische Anwendungen.

Woran mangelt es Ihrer Meinung nach?

Es gibt inzwischen viele Initiativen, die sich für eine maßvolle [4] Nutzung von Energie und Rohstoffen einsetzen. Alle diese Impulse sind wichtig als Anreger, Treiber, Mutmacher. Sie sind unersetzbar, aber ihre Reichweite ist begrenzt. Die wichtigen Entscheidungen können in dieser Gesellschaft nur von unten vorbereitet werden: Die ganze Gesellschaft werden sie nur erreichen, wenn sie politisch durchgesetzt werden.

Woran genau denken Sie dabei?

Nur eine Minderheit in unserer Gesellschaft ist freiwillig zu Veränderungen bereit, und auch sie sind in ihrem Ressourcenverbrauch nur teilweise maßvoll. Darum brauchen wir Gesetze und Verordnungen, die ein maßvolles Leben fördern und das Gegenteil durch zusätzliche Belastungen verhindern. Es werden Abgaben erhöht und Vergünstigungen gestrichen werden müssen.

Welche Folgen hätte das für unsere Wirtschaftsstruktur und das Wachstum?

Wir würden bescheidener essen, wohnen, uns kleiden und uns fortbewegen. Dadurch, dass weniger produziert und verbraucht wird, würde wohl auch das Volumen des Herstellens und des Handels abnehmen. Die heutige Konzentration auf den materiellen Wohlstand [5] wird - so hoffe ich - einem besseren Verständnis von Zeitwohlstand und Beziehungswohlstand Platz machen. Und weil es vermutlich weniger Erwerbsarbeit geben wird [6], werden wir die Arbeit fair teilen müssen und mehr Zeit haben, Arbeiten für das allgemeine oder das eigene Wohl zu tun.

Wie können möglichst viele Menschen ermuntert werden, so zu leben?

Es gibt Politik, die in diesem Zusammenhang unmittelbar einleuchtet und viel Zustimmung finden wird, wie etwa progressive Stromtarife oder Häuser der Eigenarbeit [7]. Tiefer eingreifende Politik wie eine ökologische Steuerreform oder das Teilen der Erwerbsarbeit wird Widerstand hervorrufen.

Darüber muss konstruktiv gestritten werden. Am Ende stellen sich die allermeisten Menschen ohne größere Widerstände auf das ein, was als notwendig, als unausweichlich erkannt wird. Aber nur

unter zwei Voraussetzungen: Was ihnen abgefordert wird, muss überzeugend begründet sein, und es muss alle treffen [8], entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit.

Was wären die Ergebnisse einer solchen Politik?

Wenn sie gelingt, ist sie ein unentbehrlicher Beitrag dazu, die natürlichen Lebensgrundlagen dieser Zivilisation zu erhalten. Es geht mir nicht um eine ideale Gesellschaft, sondern darum, die Gesellschaft, in der wir leben, vor ihrer Selbsterstörung zu bewahren.

Links:

[1] <http://wupperinst.org/kontakt/details/wi/c/s/cd/68/>

[2] <http://www.movum.info/glossar#anker52>

[3] [http://de.wikipedia.org/wiki/Rebound_\(Ökonomie\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Rebound_(%C3%96konomie))

[4] [http://de.wikipedia.org/wiki/Suffizienz_\(Ökologie\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Suffizienz_(%C3%96kologie))

[5] <http://de.wikipedia.org/wiki/Wohlstand>

[6] <http://www.movum.info/themen/kreislaeufe/56-nur-entschleunigung-ist-nach>

[7] <http://www.hei-muenchen.de/>

[8] <http://tinyurl.com/n8a5xn> (factory-magazin.de)

7. Phosphor-Recycling - Wasser lassen für die gute Ernte

Quelle: derStandard.at › Wissenschaft › Technik
Posted on: Thursday, December 18, 2014 5:13 PM
Author: Juliette Irmer

Für ertragreiche Landwirtschaft braucht es Phosphordünger. Doch die Reserven sind endlich, Recycling ist dringend notwendig - etwa aus menschlichem Urin

Es gibt mit Sicherheit nur wenige Menschen, die den Wert ihrer Ausscheidungen zu schätzen wissen. Besonders Urin ist ein wahrer Quell an Mineralstoffen: Calcium, Magnesium und vor allem Phosphor finden sich darin. Der Mineralstoff ist lebensnotwendig für Pflanzen, Tiere und Menschen: Unter anderem stabilisiert er die DNA und spielt eine Rolle im Energiehaushalt. Weltweit streuen Landwirte denn auch tonnenweise Phosphordünger auf ihre Felder - nur so lässt sich ausreichend Nahrung produzieren. Doch seit Jahren mehren sich die Stimmen derer, die davor warnen, dass die Phosphorreserven schwinden.

Die Folgen wären fatal. Phosphorgestein bildete sich im Lauf von Jahrtausenden durch Ablagerungs- und Verwitterungsprozesse - weder lässt es sich künstlich herstellen, noch in Dünger ersetzen. "Erdöl kann durch andere Energiequellen ersetzt werden. Zu Phosphor gibt es keine Alternative", sagt Inga Krämer vom kürzlich gegründeten Netzwerk Wissenschafts-Campus Phosphorforschung in Rostock.

Das Schweizer Wasserforschungsinstitut Eawag beschäftigt sich schon seit mehreren Jahren mit der

Rückgewinnung des wertvollen Stoffes aus Urin. "Die Nährstoffe, die wir über das Essen zu uns nehmen, scheiden wir ja zum Teil wieder aus. Phosphat etwa liegt im Urin hochkonzentriert vor", sagt Bastian Etter, Koordinator des Projekts VUNA (Zulu für 'Ernte') in Durban, Südafrika.

Es fängt in der Toilette an

Dort fängt das Recycling direkt beim Toilettengang an. Vor zehn Jahren installierte die Stadtverwaltung in der Region um Durban rund 90.000 Trockentoiletten, in denen Urin und Kot getrennt gesammelt werden. Stadtangestellte sammeln den Urin ein und verarbeiten ihn in einer Testanlage zu Dünger. Aus 1000 Liter Urin lassen sich auf diese Weise rund zwei Kilogramm Phosphordünger gewinnen. Seit 2013 wird das Projekt mit 700 beteiligten Familien in größerem Maßstab erprobt.

"Industrialisierte Volkswirtschaften, auch Österreich, nutzen Phosphor ineffizient, viel Phosphor geht ungenutzt verloren", sagt Herbert Rechberger vom Forschungsbereich Abfallwirtschaft und Ressourcenmanagement der TU Wien, "die EU hat Phosphor aber unlängst in die Liste der kritischen Rohstoffe aufgenommen. Damit ist klar, dass wir die Phosphornutzung mittelfristig optimieren sollten." Auch in der Schweiz und in Deutschland arbeiten die Umweltministerien an einer Recyclingverordnung: Phosphor soll in Zukunft aus Abfall und Klärschlamm zurückgewonnen werden.

Ein Muss für Europas Landwirtschaft, die auf den Import von Phosphor angewiesen ist: Zwei Drittel der bekannten Rohphosphatreserven lagern in Marokko und der Westsahara. Auch China und die USA haben nennenswerte Vorkommen, aber auch einen hohen Eigenbedarf. Somit kontrollieren eine Handvoll Länder den Zugang zu einer Ressource, die für die Nahrungsmittelsicherheit notwendig ist.

Rasante Preissteigerungen

Was das bedeutet, haben Bauern in den vergangenen Jahren schon zu spüren bekommen: "Kurzzeitig gab es Preissteigerungen von bis zu 800 Prozent", sagt Krämer. Ein Rückgang der Nachfrage ist bei weiter wachsender Weltbevölkerung kaum zu erwarten. Im Gegenteil: Die landwirtschaftliche Produktion muss angekurbelt werden - ohne Phosphordünger gelingt das nicht.

Laut Krämer rechnen die meisten Wissenschaftler schon in zwanzig Jahren mit dem sogenannten "Peak Phosphor", also dem Zeitpunkt, an dem die maximale globale Phosphorproduktionsrate erreicht wäre. Von da würde die Rate sinken und günstiger Phosphatdünger der Vergangenheit angehören.

Wissenschaftler der Behörde USGS (United States Geological Survey) kommen zum Ergebnis, dass die Vorräte noch etwa 350 Jahre reichen. Exakte Berechnungen sind schwierig, denn Faktoren wie Nachfrage und Angebot, aber auch technische Entwicklungen und Politik müssen berücksichtigt werden. Sicher ist nur: Rohphosphat ist eine endliche Ressource.

Nicht nur aus wirtschaftlicher, auch aus ökologischer Sicht wäre Phosphorrecycling sinnvoll: Zwar ist der Verbrauch an Phosphordünger in Europa in den vergangenen Jahren zurückgegangen - auch weil die Äcker vielerorts überdüngt waren -, in vielen anderen Ländern wird der Dünger aber verschwenderisch eingesetzt. Die Phosphorkonzentration in Flüssen und Meeren steigt, im schlimmsten Fall "kippt" das Gewässer: Der Dünger bringt Algen zum Blühen, sie verwesend, entziehen dem Wasser Sauerstoff, und Fische und andere Lebewesen sterben. Weltweit wurden inzwischen 400 dieser sogenannten Todeszonen identifiziert.

Phosphor aus Klärschlamm

Phosphor lässt sich nicht nur aus Urin, sondern auch aus Klärschlamm oder Tierknochen recyceln. "Es existieren mehr als 50 Technologien zum Wiedergewinnen des im Abwasser enthaltenen Phosphors. Wichtig wäre nun, dass die vielversprechendsten weiterentwickelt werden. Dafür müssen aber vom Gesetzgeber geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden", sagt Rechberger.

In Europa wird Phosphor seit den 1980er-Jahren aus dem Abwasser entfernt und landet im Klärschlamm - in Deutschland sind das allein 55.000 Tonnen pro Jahr. "Davon ließen sich bis zu 90 Prozent recyceln", sagt Oliver Krüger von der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung in Berlin.

"Anders als im Abwasser liegt Phosphor im Urin hochkonzentriert vor. Das macht die Rückgewinnung effizient", sagt Etter, der auch in Europa Möglichkeiten für das Urinrecycling sieht: an Flughäfen oder in großen Bürogebäuden oder aber an Autobahnraststätten, die nicht an die Kanalisation angeschlossen sind.

In den nächsten Jahren will die Eawag das Urin-Sammelnetz rund um Durban weiter ausbauen. "Die Bevölkerung ist dem Projekt gegenüber durchaus positiv eingestellt", sagt Etter. Allerdings hielte sich der Glaube, dass die Trockentoiletten Armen-Klos seien, weil die Regierung nicht für fließendes Wasser bezahlen wolle.

"Dabei sind das die Klos der Zukunft", sagt Etter, "wir jagen ein Drittel unseres täglichen Wasserverbrauches - wohlbemerkt: Trinkwasser - durch die Klospülung. Das ist verrückt."

(Juliette Irmer, DER STANDARD, 17.12.2014)

<http://derstandard.at/2000009467388>

8. Gold: Widerstandsheldin von Cajamarca freigesprochen!

Máxima Acuña de Chaupe und ihre Familie dürfen wieder auf ihr Land - das Appellationsgericht in Cajamarca hat sie von der Anklage der Gewaltanwendung gegen die Bergbaufirma Yanacocha freigesprochen. Folgendes Interview mit Máxima Chaupe hat Gloria Alvitres wenige Tage vor der Urteilsverkündung in Lima geführt ...

Quelle: Klima-Reporteros Extra
Posted on: Friday, December 19, 2014 7:33 PM
Author: Hildegard Willer (hilwiller@gmail.com)
Via Roman David-Freihs, DER STANDARD,
18.12.2014

Eine indigene Bäuerin wurde zum Symbol für den Widerstand gegen die brutalen Methoden bei der Goldförderung in Peru. Diese Woche wurde sie vom Höchstgericht freigesprochen

WIEN/LIMA - Máxima Acuña de Chaupe wollte nicht verkaufen. Sie lebt mit ihrer siebenköpfigen Familie auf dem Anden-Hochplateau der peruanischen Region Cajamarca. Und sie lebt, wie 60 Prozent der Bevölkerung in dieser Gegend, vom Landbau.

Ihr vier Hektar großer Grundbesitz wird allerdings für eine Erweiterung der 260 Quadratkilometer großen Yanacocha-Goldmine benötigt. Doch Máxima Acuña lehnte das Kaufangebot des US-Konzerns Newmont Mining rundweg ab. Die Antwort war ein "Besuch" vom Minenpersonal - gemeinsam mit Polizisten in Uniform. Es gab Morddrohungen, es wurde geprügelt, ihr Vieh wurde geschlachtet oder weggebracht.

In der Folge erklärte der Minenbetreiber, das Land gehöre ihm - obwohl er im Gegensatz zu Chaupe keine Dokumente vorweisen konnte. Dennoch wurde das Opfer von der Staatsanwaltschaft angeklagt. Der Angriff auf ihre Landwirtschaft wurde nicht geahndet, im Gegenteil: Máxima Acuña de Chaupe wurde im August dieses Jahres zu drei Jahren Haft und einer Entschädigung von umgerechnet 1900 Euro an den Minenkonzern verurteilt.

Diese Woche wurde sie nun in der Berufungsverhandlung durch das Höchstgericht freigesprochen: Die angebliche, von der Mine Yanacocha behauptete illegale Landaneignung konnte widerlegt werden, und die Familie Chaupe kann auf ihr Land zurückkehren.

Polizisten "engagiert"

"Dass reguläre Polizisten bei dem Übergriff dabei waren, verwundert nicht", berichtet Emil Benesch vom Klimabündnis Österreich im Standard-Gespräch. Er hatte vergangenen Sommer im Rahmen des Europe-Aid-Projekts "From overconsumption to solidarity" mit einer Delegation und einem Menschenrechtsanwalt, der die Opfer der Goldproduktion vertritt, die Region besucht. "Es gibt eine Geheimvereinbarung, wonach das Bergbauunternehmen reguläre Polizisten für 'außerordentliche zusätzliche Dienstleistungen' engagieren kann - diese Vereinbarung wurde von der Gesellschaft für bedrohte Völker in der Schweiz dokumentiert", erläutert Benesch.

Der Fall von Máxima Acuña de Chaupe wurde zum Symbol des Widerstands gegen die Praktiken der Goldkonzerne in Peru. Und der wird immer massiver: "Ja zum Wasser! Nein zum Gold!" lautet der Slogan der Protestbewegung - doch die trifft auf massiven Widerstand. Bei einer Demonstration gegen das Goldabbauprojekt "Conga" in der Region Cajamarca im Herbst 2013 wurden 100 Landwirte inhaftiert und fünf erschossen. Laut Zeugenaussagen wurden die Kopfschüsse von einem Hubschrauber aus abgegeben.

In den vergangenen drei Jahren wurden bei Demonstrationen bereits 41 Menschen erschossen - doch ein peruanisches Gesetz sagt Polizisten, die im Dienst Zivilisten erschießen, Straffreiheit zu.

Gouverneur in U-Haft

Die Unterdrückung des Widerstands macht auch vor politischen Vertretern nicht halt: Der Gouverneur der Provinz Cajamarca, Gregorio Santos, ist ein deklariertes Gegner des Goldabbaus in dieser Form - und wurde seit 2011 von der Zentralregierung mit 38 Anzeigen eingedeckt. 35 wurden wieder fallengelassen - doch am 25. Juni dieses Jahres wurden über ihn 14 Monate Untersuchungshaft verhängt.

Zu all dem kommen aber auch noch massive Umweltbelastungen durch den Goldabbau, berichtet Emil Benesch weiter. Bei der Produktion im Tagebau wird doppelt so viel Land als die eigentliche Größe der Mine vernichtet: Denn das goldhaltige Gestein wird bis zu 660 Meter tief abgetragen - und dann in nationalparkwürdigen Gebirgsflächen der Anden aufgeschüttet. Bei der gewaltigen Yanacocha-Mine sind das rund 544.000 Tonnen Gestein pro Tag.

Zyanid-Wasser-Gemisch

Das Gold wird mit einem Zyanid-Wasser-Gemisch gelöst, wofür pro Stunde 250.000 Liter Wasser benötigt werden. Die Folge: In der Landeshauptstadt Cajamarca gibt es nur noch zwölf bis 14 Stunden Leitungswasser pro Tag.

Gleichzeitig werden Schwermetalle wie Arsen, Cadmium und Blei freigesetzt - sie sind auch noch in zehn Kilometern Entfernung nachweisbar. Nach 20 Jahren Betrieb wurden nun erstmals Untersuchungen durchgeführt - und es zeigte sich: Die rund 200.000 Einwohner der Stadt Cajamarca hatten über Jahre hinweg verseuchtes Wasser getrunken.

Seitens der Unternehmen und der Zentralregierung wird abgewiegt. "Wir führen das Zyanid in einem geschlossenen Kreislauf. Das ist sicher. Wir halten uns an die Gesetze", wurde seitens des Yanacocha-Betreibers verlautbart. Wie die peruanischen Gesetze allerdings aussehen, zeigte sich diesen Sommer, als Perus Präsident Ollanta Humala ein neues Umweltgesetz unterschrieb: Damit wurden die Strafen bei Umweltvergehen deutlich reduziert, es wurde festgelegt, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen binnen 45 Tagen abzuschließen sind - und es wurde der Bergbau und die Erdölproduktion auch in Naturschutzgebieten erlaubt.

Goldminen im Tagebau verursachen nicht nur massive direkte Naturschäden - sie sind auch regelrechte Energiefresser: Allein die Yanacocha-Mine hat einen doppelt so hohen Energiebedarf wie die peruanische Stadt Trujillo mit 700.000 Einwohnern. Der Goldabbau in Peru ist daher ein Hauptgrund für den von der Zentralregierung geplanten Bau von 20 weiteren Amazonas-Kraftwerken - darunter auch Chelendín II mit einer Leistung von 600 MW. Dessen 175 Meter hohe Staumauer wird im Amazonastal einen 23 Kilometer langen künstlichen See entstehen lassen.

Faires Gold

Genau diese Zustände in der Goldproduktion waren es, die Alexander Skrein veranlasst hatten, seine Schmuckwerkstatt in der Wiener Innenstadt komplett auf faires Gold umzustellen. "Es läuft sehr gut - und ist Routine", bilanziert Skrein nun nach einem Jahr im Standard-Gespräch. Sein Ziel ist es, Aufklärung zu betreiben, Branchenkollegen zum Umstieg zu bewegen und ihnen seine Expertise anzubieten.

Derzeit wird ein Fachkongress vorbereitet mit dem Thema: Wie können Industrie, Wissenschaft und NGOs "Faires Gold" definieren? Wie sollten Maßnahmen, Regulierungen und Prüfmechanismen aussehen? Wobei Skrein im Grunde aber überzeugt ist: "Das fairste Gold ist das Recyclinggold."

9. Bundesberggesetz: Zeit, alte Zöpfe abzuschneiden

Quelle:

http://typo3.oekom.de/fileadmin/zeitschriften/umak_Leseproben/ua2014-11-leseprobe.pdf

Eine Reform des deutschen Bergrechts ist längst überfällig

Die Bundesregierung will bis 2020 den deutschen CO₂-Ausstoß um 40 Prozent senken und die Rohstoffproduktivität im Vergleich zu 1994 verdoppeln – diese Vorgaben sind schön, nur glaubwürdig sind sie nicht. Zu viele Gesetzestexte manifestieren ein umweltfeindliches Wachstumsdogma, ohne auch nur ansatzweise den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Ein Beispiel: das Bundesberggesetz.

VON DANIEL HISS, Deutscher Naturschutzring

Von wegen rohstoffarmes Land! Rund drei Viertel der in Deutschland benötigten mineralischen Rohstoffe kommen aus heimischen Lagerstätten. Bei Braunkohle, Stein- und Kalisalz, Kalkstein, Gips und Schwefel ist Deutschland Selbstversorger. Fakt ist also: Der Gewinnung von Bodenschätzen kommt in Deutschland eine große wirtschaftliche Bedeutung zu. Jährlich trägt sie rund 20 Milliarden Euro zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Den Rechtsrahmen für die Aufsuchung und den Abbau von Rohstoffen setzt in Deutschland das Bundesberggesetz (BBergG), das der Rohstoffgewinnung einen besonderen Vorrang vor allen anderen Interessen einräumt. Insbesondere Umwelt-, Natur- und Ressourcenschutz sowie individuelle Grundrechte finden im BBergG nur wenig Beachtung. Zeitgemäß ist das nicht. Angesichts immer knapper werdender Rohstoffvorkommen und ehrgeizigen Zielen in der Klima- und Energiepolitik ist ein derartiges Gesetz nicht mehr vertretbar. Eine effektive und schonende Nutzung begrenzter Ressourcen ist elementarer Bestandteil und wichtiges Anliegen der – gerade in der Politiksprache oft bemühten – Nachhaltigkeit. Ein modernes Bergrecht für das 21. Jahrhundert muss daher Ressourcenschutz stärker integrieren und den Vorrang des Rohstoffabbaus vor allen anderen Interessen beenden.

Alt, nicht bewährt

Sicher, die Widerstände gegen eine umfassende Bergrechtsreform sind immens und die Bemühungen der regierenden Parteien entsprechend dürftig beziehungsweise gar nicht vorhanden. Insbesondere Industrie, Energie- und Rohstoffwirtschaft wissen um die große Reichweite und Bedeutung des BBergG und sind vor jeglichen Reformideen auf der Hut. Wer gibt schon gerne seine historisch gewachsenen und über Jahrzehnte gepflegten Privilegien her?

„Das Bergrecht hat sich in seiner bisherigen Struktur bewährt“, urteilen die Nutznießer. Außerdem sei es

auch gar nicht derart veraltet, wie die Umweltverbände behaupten. Richtig ist, dass der Bundestag das BBergG 1980 beschlossen hat. Mit Inkrafttreten 1982 löste es das bis dahin gültige Mischwerk aus mindestens 99 meist landesrechtlichen Regelungen ab, die in unterschiedlichen Abwandlungen auf dem Allgemeinen Bergrecht der preußischen Staaten von 1865 beruhen. Der große, innovative Wurf ist das BBergG trotzdem nicht. Statt ein modernes Planungsrecht zu schaffen, das auf Planfeststellungsverfahren und Interessenausgleich beruht, haben die Verfasserinnen und Verfasser des Gesetzes vielmehr das alte preußische Bergrecht, das unter dem NS-Regime erlassene Gesetz zur Erschließung von Erdöl- und anderen Bodenschätzen sowie die Verordnung über die Aufsuchung und Gewinnung mineralischer Bodenschätze aufgewärmt und in neue Form gegossen.

Die letzten bedeutsamen Änderungen des BBergG datieren aus dem Jahr 1990. Im Rahmen der Umsetzung der europäischen UVP-Richtlinie wurde das BBergG um eine Rahmenbetriebsplanzulassung mit verpflichtender Umweltverträglichkeitsprüfung erweitert. Diese ist aber nur bei bestimmten Aufsuchungs- und Fördervorhaben erforderlich.

Paragraf 1 des BBergG macht deutlich, was Sinn und Zweck des Gesetzes ist: Es soll die Sicherung der Rohstoffversorgung fördern, Arbeitssicherheit gewährleisten und den Umgang mit Bergbauschäden regeln. Der schonende Umgang mit Umwelt und natürlichen Ressourcen wiederum ist kein vorrangiges Ziel des Bergrechts. Die sogenannte Rohstoffsicherungsklausel des Paragraphen 48 BBergG manifestiert diesen Gesetzeszweck vollends: „Bei Anwendung dieser Vorschriften [Verbotsvorschriften außerhalb des BBergG, Anm. des Autors] ist dafür Sorge zu tragen, dass die Aufsuchung und Gewinnung so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.“ Als Teil des Wirtschaftsverwaltungsrechts dient das BBergG also vor allem dazu, den Ressourcenhunger in Deutschland zu stillen. Ohne erhebliche Folgen für die Umwelt geht das nicht.

Wirtschaftsrecht mit Umweltwirkung

Der Abbau von Bodenressourcen ist nicht nur ein Eingriff in das Boden- und Gesteinsgefüge, sondern führt auch zur Zerstörung gewachsener Kulturlandschaften und zum teils dauerhaften Verlust natürlicher Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Aber auch für die Menschen ist der Bergbau mit drastischen Konsequenzen verbunden. Allein den großen Braunkohletagebauen mussten seit 1945 in Deutschland über 300 Ortschaften und Hunderttausende Menschen weichen. Insgesamt wurden und werden durch Bergbaumaßnahmen Natur und Landschaften in einer Größenordnung von rund 100.000 Hektar abgegraben und irreversibel umgestaltet, Wälder gerodet, Erhebungen

abgetragen, Grundwasserverhältnisse dauerhaft verändert, Flüsse verlegt, Felder und andere Flächen umgegraben.

Wie nachhaltig und gravierend die Eingriffe in Natur und Umwelt etwa durch den Abbau von Braunkohle sind, verdeutlicht das Beispiel des Tagebaus Hambach in Nordrhein-Westfalen: Der ursprünglich 5.500 Hektar große Hambacher Forst musste weitgehend dem Braunkohletagebau weichen und die Erweiterung des Tagebaus ist bereits genehmigt. Am Ende sollen 300 Hektar Wald übrig bleiben – ein Verlust, der durch die rekultivierten Außenkippen des Tagebaus nicht ausgeglichen werden kann. Schließlich galt der Forst mit rund 142 geschützten Arten als ökologisch besonders wertvoll.



Ressourcenschutz ernst nehmen

Angesichts derartiger Zahlen und Beispiele wirkt es unglaublich, wenn Industrieverbände, Gewerkschaften und Teile der Politik den Schutz von Umwelt und Betroffenen im BBergG als ausreichend bezeichnen. Umweltverträglichkeitsprüfung und Ausgleichsmaßnahmen sind im bergrechtlichen Rahmen keine wirksamen Umweltschutzinstrumente, zumal den zuständigen Bergämtern bei der Zulassungsentscheidung kein fachplanerischer Ermessensspielraum bleibt: Wenn keine ausreichenden Versagungsgründe vorliegen, müssen Aufsuchungserlaubnis und Abbaubewilligung erteilt werden.

Nicht nur hier besteht großer Handlungsbedarf. Eine Reform des BBergG muss besonderes Augenmerk auf transparente Bewilligungsverfahren legen, die auf einer Gesamtabwägung unterschiedlicher Interessen basieren, umfassende und frühzeitige Öffent-

lichkeitsbeteiligung gewährleisten und nicht zuletzt den Umwelt- und Ressourcenschutz fest im Gesetzestext verankern. Auch das Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) der Bundesregierung, um das es zwei Jahre nach seiner Veröffentlichung sehr still geworden ist, enthält eine entsprechende Aufforderung. Handlungsansatz 18 des Programms will „Ressourceneffizienz bei der Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens auf nationaler Ebene berücksichtigen“. Meint es die Regierung mit ihren Zielvorgaben ernst, darf sie vor dem BBergG nicht haltmachen. Ein modernes Bergrecht muss daher den Vorrang des Abbaus von Ressourcen vor anderen Interessen beenden und die Zulassung neuer

Nach dem Abbau bleiben oft Wüsten.

Das Bundesberggesetz in seiner jetzigen Form hinterließ an vielen Orten zerstörte Natur. Davon profitierten neben den reichgewordenen Rohstoffunternehmen auch wir selbst mit billigen Rohstoffen. Nun ist es an der Zeit, umzusteuern. Nur mit einem Vorrang für Naturschutz und Ressourcenschonung kann das gelingen

Aufsuchungs- und Abbauvorhaben an den Nachweis des volkswirtschaftlichen Bedarfs eines jeweiligen Rohstoffes knüpfen. Ein derartiger Bedarfsnachweis muss höchsten Anforderungen genügen. Insbesondere Ressourceneffizienzvorgaben sowie klima- und energiepolitische Ziele müssen in die Bedarfsanalyse einfließen. Schnell würde die fehlende Notwendigkeit zahlreicher Vorhaben wie beispielsweise dem Braunkohletagebau Welzow Süd II deutlich: Schon jetzt liefert das Abbaugelände einen deutlichen Überschuss an Strom aus erneuerbaren Energien, Braunkohle ist für die langfristige Energiesicherheit in Brandenburg also nicht erforderlich. Die Abbaupläne konterkarieren aber auch die brandenburgischen Klimaziele. Bis zum Jahr 2030 soll der CO₂-Ausstoß aus der Energieproduktion um 72 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 sinken – das geht nur ohne Kohlestrom. Gleiches gilt auch für die umstrittene Frackingtechnologie. Angesichts der Energiewen-

de ist das Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Deutschland entbehrlich.

Den Widerständen trotzen

Auch das Bundesverfassungsgericht hat die erheblichen Defizite des gültigen Bergrechts in seinem Garzweiler-Urteil vom 17. Dezember 2013 erkannt. Allein durch die richterrechtliche Rechtsfortbildung wahrt das BBergG seinen verfassungskonformen Schein. Ein modernes Bergrecht entsteht dadurch nicht – vielmehr wird es so selbst für Fachjuristen zu einer unübersichtlichen Materie. Auch in Anbetracht des Gebots der Rechtsklarheit ist eine Novellierung des BBergG daher unausweichlich. Eine moderne Vorhabengenehmigung in Anlehnung an das Fachplanungsrecht und auf Grundlage einer umfassenden Gesamtabwägung, die Berücksichtigung der Interessen von Grundstückseigentümern, Umweltschutz, Ressourcenschutz, Öffentlichkeitsbeteiligung sowie Klagemöglichkeiten für anerkannte Natur- und Umweltschutzverbände müssen Bestandteil des Bergrechts werden. Diese Mindestanforderungen werden somit zum Maßstab für das heutige und künftige BBergG.

Angesichts der derzeitigen politischen Machtverteilung scheint es allerdings mehr als unwahrscheinlich, dass sich die Regierung tatsächlich an diese wirtschaftspolitisch heilige Kuh wagt und eine umfassende Bergrechtsreform anstößt. Sicher, im Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und SPD auf eine Überarbeitung des BBergG in Bezug auf das Wasserhaushaltsgesetz verständigt. Zu oft sind in den vergangenen Jahren aber Reformanträge an schwarz-gelben oder schwarz-roten Mehrheiten im Bundestag gescheitert, zuletzt schmetterten CDU, CSU und SPD im Frühjahr einen entsprechenden Antrag der Grünen ab. Kaum an der Regierung, scheint auch die SPD die Einsicht, dass ein modernes Bergrecht überfällig ist, unter dem Druck starker Wirtschaftsinteressen aufgegeben zu haben. Es ist daher Aufgabe der Umweltverbände, den Gegenruck auf die Bundesregierung zu erhöhen und eine umfassende Bergrechtsnovelle konsequent einzufordern.

Der Klappentext von ProGress zitiert übrigens Artikel 20a des Grundgesetzes:

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen.“ Es ist Zeit, die Bundesregierung nicht nur an ihre eigenen Ziele, sondern auch an ihre verfassungsrechtlichen Verpflichtungen zu erinnern. Eine Reform des BBergG wäre dann die logische Konsequenz.

Der Politikwissenschaftler Daniel Hiß leitet das Projekt „Umwelt- und Ressourcenschutz und Reform des Bundesberggesetzes“ beim DNR.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 /6781775-72,
E-Mail: daniel.hiss@dnr.de, www.dnr.de

10. Kohle-Tagebaue zu verschenken?

Quelle: Lausitzer Kohlerundbrief v. 16.11.14
Der SPIEGEL vom 10. November (S. 14) berichtete über finanzielle Risiken des ostdeutschen Braunkohlegeschäftes. Der Wert, den Kraftwerke und Tagebaue in der Lausitz bei einem Verkauf erbringen würden, "dürfte sich womöglich nicht weit über der Schenkungsgrenze bewegen", zitiert das Magazin einen namentlich nicht genannten hochrangigen SPD-Politiker. Verwiesen wird auf die rechtliche Verpflichtung zur Renaturierung der ausgekohlten Tagebaue sowie die Pensionslasten für die Mitarbeiter.

11. Vattenfall stimmt deutsche Mitarbeiter auf Kohle-Aus ein

Der Chef von Vattenfall sieht für die deutsche Kohleenergie keine Zukunft. "Die Arbeitsplätze im Tagebau werden früher oder später verschwinden", sagte Magnus Hall SPIEGEL ONLINE. Das sei "eine schmerzhaftes Erkenntnis", aber man müsse sie akzeptieren. Der Kohletagebau in der Lausitz stehe "vor einem fundamentalen strukturellen Wandel", wird Hall zitiert "Es gibt in der Region auch ein wachsendes Bewusstsein, dass die Arbeitsplätze im deutschen Kohletagebau früher oder später verschwinden werden." Er habe Verständnis, dass die Menschen in der Lausitz für ihre Jobs kämpfen, fuhr Hall fort. Für die Menschen, die lange in der Branche tätig waren, müsse es eine "schmerzhaftes Erkenntnis" sein, dass die Zeit des Kohlebergbaus allmählich zu Ende gehe. "Es dauert sicher eine Weile, bis man das akzeptieren kann."

Ausführlich hier:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/vattenfall-schwoert-deutsche-mitarbeiter-auf-kohle-aus-ein-a-1031703.html>